

# Der Mann mit den eigenen Silbermünzen

**Investor** Daniel Model, ein Geldgeber der «Basler Zeitung», hat seinen eigenen Staat ausgerufen

VON FABIAN MUSTER

Der Verwaltungsrat der neu gegründeten MedienVielfalt Holding AG, die 100 Prozent der Aktien der «Basler Zeitung» übernommen hat, liest sich wie ein Who's who der rechtsliberalen Gesinnung der Schweiz. Die Verwaltungsratspräsidentin etwa, Marina Masoni, liess als frühere Tessiner FDP-Staatsrätin eine Vision des Südkantons für 2015 ausarbeiten. In diesem Weissbuch widerspiegelt sich Masonis Bild eines deregulierten Kantons mit weniger Kompetenzen fürs Parlament, einem ausgedünnten sozialen Netz, aber einem Finanzplatz mit einem unverrückbaren Bankgeheimnis. Auch Rechtsanwalt Georges Bindschedler, nach Mehrheitsaktionär Tito Tettamanti grösster Geldgeber der Holding, brandmarkt in seinen Publikationen die übermässige Regulierung des Staates in Politik und Wirtschaft als «neue Planwirtschaft».

Der Rechtsliberalste aller Rechtsliberalen hält sich allerdings unter den Minderheitsaktionären auf, die weniger als 5 Prozent

des Aktienkapitals von 40 Millionen Franken halten: Es ist Daniel Model, Kartongefabrikant in vierter Generation im thurgauischen Weinfelden, Chef über 3000 Angestellte in 14 Firmen in 5 Ländern.

## Er baut eigenen Regierungssitz

Model gehört wohl zu jenen «Querdenkern», die laut Tettamanti eine «kritische Debatte über ein neues Gesellschaftsmodell» erlauben sollen, wie der Hauptaktionär der neuen Holding im Pressecommuniqué zitiert wird. Der 51-jährige Doktor der Ökonomie widerspricht tatsächlich den gängigen Vorstellungen, die Herr und Frau Schweizer von Wirtschaft und Politik haben. Vom Sozialstaat etwa hält er nichts: «Es ist unehrenhaft, auf Kosten anderer zu leben», sagte er einst in einem az-Interview. Der Staat,

der in die «liebevollte Strenge des Marktes» eingreift, ist für ihn zudem ein Übel: «Die Marktwirtschaft lebt davon, dass diejenigen, die versagen, sterben können. Sie sterben, weil sie die notwendige Leistung entweder nicht erbringen oder weil ihre Leistung nicht gefragt ist», sagte er jüngst dem «Magazin». Weil er den Widerspruch zwischen der Misstrauensbewirtschaftung im Staat und der Vertrauensbewirtschaftung in seinen Unternehmen nicht mehr aushielt, proklamierte er im Frühling 2006 seinen eigenen Staat namens «Avalon».

Dort will er all jene Werte hochhalten, die für ihn wichtig sind: Freiheit, Leistung, Tugend. Bürger seines Staates kann nur werden, wer finanzielle, materielle oder sonstige Verdienste aufweisen kann. Damit seine Staatsgründung nicht nur als symbolischer Akt verstanden wird, baut er an einem Gebäude, das dereinst als Regierungssitz und kulturelles Zentrum dient. «Es soll ein Ort der geistigen Freiheit sein», wie sein Architekt Urs Strähl im «Magazin» verkündet. Künstler und Kader von Models Firma sollen ne-

beneinander arbeiten. Mit eigenen Silbermünzen, die sein Konterfei im Stil römischer Herrscher zeigen, will er unabhängig von den Nationalbanken werden. Er entwirft eine eigene Staatsflagge und schafft in Weinfelden eine souveräne Zone.

Die Linke sieht in ihm einen Repräsentanten der neoliberalen Vertreter. Gemäss dem Ostschweizer Autor Wolfgang Steiger, der über ihn in der «Wochezeitung» geschrieben hat, propagiert Model einen schonungslosen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, der die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft zurücknehmen will. Rechtsbürgerliche Exponenten sehen in ihm hingegen die urliberale Position eines schlanken Staates personifiziert. Model selbst bezeichnet sein Staatsprojekt als liberal. «Es gehört zur politischen Mitte.»

**«Die Marktwirtschaft lebt davon, dass diejenigen, die versagen, sterben können.»**

Daniel Model, Kartongefabrikant



Kartongefabrikant Daniel Model, hier in seiner Verpackungsfirma im thurgauischen Weinfelden, hält nichts vom Sozialstaat. SABINA BOBST

## ■ REDAKTION: «KEINE EINSEITIGE ZEITUNG»

Die «Basler Zeitung» (BaZ) soll eine Forumszeitung bleiben: Die Redaktion begrüsst eine entsprechende Aussage des neuen Verwaltungsratspräsidenten **Filippo Leutenegger**, die er bei einem gestrigen Treffen gemacht habe, wie die Redaktionskommission mitteilte. Die BaZ soll gemäss Redaktion weiter **«eigenständige, unabhängige, überparteiliche und kritische Berichterstattung»** bieten. Die Redaktion sei über-

zeugt, dass **die Leserschaft «keine einseitige Zeitung» will, «sondern Meinungsvielfalt und Qualität»**. Tito Tettamanti als neuer Hauptaktionär der Holdinggesellschaft, welche die BaZ übernimmt, hatte am Mittwoch vor den Medien in Zürich ausgeführt, er wolle eine profilierte Zeitung mit rechtsbürgerlichem Kurs. Die **BaZ-Redaktion begrüsst auch die Klärung der Besitzverhältnisse;** die neue Transparenz er-

laube Zuversicht. Das vergangene Jahr sei «geprägt gewesen von Ungewissheit und Halbwahrheiten», was für alle Mitarbeitenden belastend gewesen sei. Die Redaktionskommission nehme Leuteneggers Angebot für weitere Gespräche gerne an. Die Basler Regierung hofft, dass **die BaZ-Verwaltungsratsmitglieder aus der Region der Druckerei zu neuen Kontakten und Aufträgen verhelfen** können. (SDA)

## 1063 Tierquälerei zur Rechenschaft gezogen

Über 1000 Strafverfahren wegen Tierquälereien oder anderen Tierschutzdelikten sind 2010 in der Schweiz durchgeführt worden. Dies ist ein neuer Höchststand. Die kantonalen Unterschiede bei der Verfolgung sind immer noch sehr gross. Die Zahl der Strafverfahren hat 2010 um 61 auf 1063 zugenommen. Gieri Bolliger, Geschäftsleiter der Stiftung für das Tier im Recht (TIR), wertete diesen Höchststand vor den Medien in Zürich als positiv. Die Zunahme bedeute nicht, dass mehr Tiere gequält würden, sondern die Sensibilisierung sei grösser.

### Unterschiede in den Kantonen

Mit 578 waren in mehr als der Hälfte der Fälle Heimtiere betroffen. Nutztiere wurden 329-mal Opfer von Tierschutzdelikten, Wildtiere 103-mal. Hunde stehen auf dem ersten Platz bei Tierquälereien (478 Fälle), gefolgt von Rindern, Katzen und Schafen. Grosse Unterschiede gibt es bei der Anzahl Verfahren in den verschiedenen Kantonen: Bern führt diese Rangliste mit 219 Fällen an, gefolgt von St. Gallen (168) und Zürich (166). Schlusslichter sind Obwalden und Glarus mit je zwei Fällen. Bolliger und sein Team analysierten die Kantone Bern und Obwalden. So gibt es in Bern eine eigens errichtete Fachstelle für Tierdelikte. Sie ist der Kantonspolizei angegliedert. Drei spezialisierte Beamte gehen gleich vor wie bei Ermittlungen von Gewaltdelikten gegen Menschen, wie Michelle Richner, wissenschaftliche TIR-Mitarbeiterin, erläuterte. Anders sieht es in Obwalden aus, wo es in den letzten Jahren immer nur wenige Verfahren von Tierstraffällen gab. Offensichtlich würden hier Tierquälerei für ihre Taten strafrechtlich nicht zur Rechenschaft gezogen, sagte Vanessa Gerritsen, wissenschaftliche TIR-Mitarbeiterin. Die Behörden verstiessen damit gegen Bundesrecht. (SDA)

## Nachrichten

### Adoption Bedingungen werden gelockert

Ständerat und Nationalrat wollen die Regeln für künftige Adoptiveltern lockern. So soll das Mindestalter für Adoptiveltern herabgesetzt werden. Neben dem geringeren Mindestalter – heute beträgt dieses 35 Jahre – soll auch Paaren in einer stabilen Lebensgemeinschaft eine Adoption ermöglicht werden. Weiter will das Parlament, dass Paare nur mindestens drei Jahre zusammen sein müssen, bis sie ein Kind adoptieren dürfen. (SDA)

### Baurecht Bauernhäuser leichter umbaubar

Die Vorschriften für den Umbau von Bauernhäusern ausserhalb von Bauzonen werden gelockert. Neu spielt es bei Umbau oder Abbruch landwirtschaftlicher Wohnbauten keine Rolle mehr, ob deren Nutzung vor dem 1. Juli 1972 im Zusammenhang mit einem Landwirtschaftsbetrieb stand oder nicht. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat der Lockerung zugestimmt. (SDA)

### Völkerrecht Auns-Vorlage ohne Gegenvorschlag

Die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) kommt ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung. Der Nationalrat ist aus taktischen Gründen auf die Linie des Ständerats eingeschwenkt: wegen der negativen Erfahrung mit dem Gegenvorschlag zur SVP-Ausschaffungsinitiative, der an der Urne Schiffbruch erlitten hatte. Die Initiative dagegen wurde angenommen. (SDA)

# Angriff auf Klimaziele abgeschmettert

**Ständerat** Die kleine Kammer will trotz Energiewende und Scheitern der internationalen Klimaverhandlungen an den Klimazielen festhalten. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin hat sie aber fallen gelassen und die Regeln für Gaskraftwerke gelockert.

VON CHARLOTTE WALSER (SDA)

Bei der Klimapolitik für die kommenden Jahre nähern sich die Räte damit einer Einigung. Der Ständerat hat gestern die wichtigsten Differenzen zum Nationalrat ausgeräumt. Weil ein Teil des Rates die Klimaziele über Bord werfen wollte, kam es aber erneut zu einer Grundsatzdiskussion.

Eigentlich hatten sich die Räte längst auf die Ziele geeinigt: Die Schweiz soll ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis ins Jahr 2020 um 20 Prozent senken, und zwar vollumfänglich mit Massnahmen im Inland. Pankraz Freitag (FDP/GL) beantragte dem Rat jedoch kurzfristig, die Vorlage zurückzuzwei-



Gaskraftwerk Chavalon. KEY

sen. Der FDP-Ständerat begründete dies zum einen mit dem geplanten Atomausstieg, der nun oberste Priorität habe. Zum anderen verwies er auf die internationalen Klimaverhandlungen, welche zu keinen verbindlichen Beschlüssen geführt hätten. Unter diesen Umständen müsse die Schweiz ihr Vorgehen überdenken.

Ausschlaggebend für Freitags Antrag war ein Schreiben von Swissem, dem Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Dieser stehe für 330 000 Arbeitsplätze, gab

Freitag zu bedenken. Laut dem Verband drohe mit der Gesetzesrevision eine Abwanderung der Industrie. Die Gegner der Gesetzesrevision verwie-

**«Der Ausstieg aus der Kernenergie findet nicht morgen oder übermorgen statt.»**

Doris Leuthard, Umweltministerin

sen auch auf die sich abzeichnenden wirtschaftlichen Probleme.

### Leuthard «überrascht»

Die Befürworter sprachen von einer «inszenierten Kehrtwende». «Ich bin schon ein bisschen erstaunt», sagte Verena Diener (GLP/ZH). Die Räte hätten Stunden und Tage damit verbracht, an den Formulierungen zu feilen. «Ich bitte Sie, jetzt nicht alles über Bord zu kippen.» Diener erinnerte auch daran, dass die geplante Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes als indirekter Gegenvorschlag

zur Klima-Initiative dienen soll. Diese habe grossen Sukkors in der Bevölkerung. Auch Umweltministerin Doris Leuthard zeigte sich erstaunt. Geändert habe sich überhaupt nichts. «Der Ausstieg aus der Kernenergie findet nicht morgen oder übermorgen statt», gab Leuthard zu bedenken. Im CO<sub>2</sub>-Gesetz gehe es um die Klimaziele bis 2020, also um die Zeit noch vor dem Atomausstieg. Mit 30 zu 8 Stimmen lehnte schliesslich die kleine Kammer Freitags Antrag ab.

Bei den Massnahmen machte der Ständerat aber Abstriche. Stillschweigend beschloss er, dem Nationalrat zu folgen und auf eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin und Diesel zu verzichten. Bisher war die Mehrheit im Ständerat der Ansicht gewesen, ohne solche Abgaben könnten die Klimaziele nicht erreicht werden. Auch bei den Gaskraftwerken schwenkte der Ständerat auf die Linie des Nationalrates ein. Mit 19 zu 17 Stimmen sprach er sich für weniger strenge Bestimmungen aus. Damit können Gaskraftwerke 50 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Ausland kompensieren.